

Wie weiter in Europa
Mit und nach der Corona-Krise?
Gerd Eisenbeiß, 2. April 2020

Die EU steckt in der größten Krise seit ihrem Bestehen, einer Existenzkrise. Dabei sind es nicht die massenweise Erkrankung an einem neuartigen Virus und die katastrophalen Todeszahlen, sondern der nur mehr künstlich kaschierte Zusammenbruch der Gemeinschaft von fast 30 Staaten. Auch da ist die beklagenswerte Nationalisierung der gesundheitspolitischen Notmaßnahmen nicht der Hauptpunkt des Versagens, sondern die absehbar unsolidarischen Strategien¹ bei der weiteren Bewältigung der Krise und ihrer wirtschaftlichen Folgen. Es geht dabei nicht um die vorzeitige Diskussion von Exit-Strategien, aber u.a. um die Wahrnehmung, wie vorzeitig diese unter der gegenwärtigen Prämisse „Gesundheit vor Wirtschaft“ sein dürfte!

Was das Ende der Corona-Infektionen und -Todesfälle betrifft, so kann man mit gesundem Menschenverstand eigentlich kein Ende absehen; denn selbst wenn die festgestellten Neu-Infektionsfälle in Deutschland in absehbarer Zeit bei 5000 pro Tag liegen würden, wäre eine Herdenimmunität erst nach 10.000 Tagen erreicht, also 30 Jahren - oder eben nach Einsatz eines Impfstoffs, den wir vor Frühjahr 2021 nicht erwarten können. Auf die Weltbevölkerung bezogen, bedeutet ausreichende Immunität, dass etwa 5 Mrd. Menschen das Virus lebend überstanden haben müssten. Für Deutschland und die erste April-Hälfte habe ich auf Basis der vorliegenden Daten und Informationen eine Hochrechnung zum weiteren Infektionsverlauf gemacht, der über Ostern einen Höchstwert von 70.000 erreichen könnte²; ein solcher Wert könnte aber nur gehalten werden, wenn die Kontaktsperre-Maßnahmen wirksam bleiben.

Die Pole des europäischen Problems heißen Deutschland und Italien. Deutschland hat über fast 2 Jahrzehnte (fast) alle übrigen EU-Staaten wirtschaftlich an die Wand gedrückt. Mit seiner sozialen Disziplin, der Qualität seiner Produkte und seiner Reduktion der öffentlichen Schuldenlast hat es nicht nur riesige Leistungsbilanzüberschüsse er-

¹ Diese Solidaritätsverweigerung wird noch viel stärker Afrika und vergleichbare Regionen im Süden treffen

² Die Annahmen waren im Wesentlichen, die als konstant angenommenen Neuinfektionen mit den Genesenen zu verrechnen und für letztere die Zahl der 14 Tage früher gemeldeten Infektionen einzusetzen.

wirtschaftet, sondern zugleich die Augen davor verschlossen, dass diese Stärke die Defizite und Schwäche anderer Mitgliedstaaten mit verursacht hat. Dabei geht es nicht um eine moralisierende Aussage, sondern um eine nüchterne Analyse des Vor-Corona-Status.

Italien als vergleichbar großes Land hat im Gegenteil eine historisch hohe Schuldenlast schon bei Eintritt in die EURO-Zone gehabt, ist hochgradig inhomogen zwischen Sizilien und Lombardei, hat auch nach der Schuldenkrise 2008 den weiteren Schuldenzuwachs nicht verhindert, hat unseriösen Regierungen (Berlusconi, 5 Sterne, Salvini/LEGA) zur Macht verholfen und wird aus der Corona-Krise weit hilfloser hervorgehen als Mittel- und Nordeuropa, also insbesondere Deutschland.

Wenn Deutschland und andere im Norden nun an dem Standpunkt festhalten, dass jeder sich selbst aus der Corona-Rezession helfen müsse, vielleicht noch da und dort mit dem hämischen Hinweis, Italien sei ja schon vor der Krise am Ende gewesen, kann die EU das nicht überleben. Eine solche Haltung träfe darüber hinaus auch Spanien, dessen politische und wirtschaftliche Entwicklung nicht mit der italienischen gleichzusetzen ist.

Also: entweder setzt sich Deutschland jetzt an die Spitze einer wahrhaft europäischen Krisen-Strategie, z.B. indem das beeindruckende, nur auf die deutsche Rezessionsbekämpfung zielende Regierungsprogramm europäisiert wird,

oder die Rezession kann nicht überwunden werden, weil nicht nur die Absatzmärkte der exportierenden Industrie längerfristig fehlen werden, sondern auch der Gemeinsame Markt zusammenbricht. Und man täusche sich nicht: der Gemeinsame Markt ist das Kernelement der EU; ohne ihn gäbe es die übrigen Gemeinschaftspolitiken wie Umwelt etc nicht!

Was also würde die Europäisierung der deutschen Corona-Programme bedeuten: Deutschland müsste einer wesentlichen Erhöhung der nationalen Beiträge zum EU-Budget zustimmen sowie der zeitlich begrenzten Ausgabe von EURO-Bonds mit einem Volumen von mindestens 500 Mrd. €.

Ferner sollte die Bundesregierung eine Initiative starten, eine in solchen Krisenfällen europäisch zentral reagierende Gesundheitsagentur aufzubauen, die der Kommission in

vergleichbaren Fällen (denn das wird nicht die letzte Pandemie gewesen sein) bei der zentralen Krisensteuerung die notwendige zentrale Kompetenz sichert.

Diese Solidarität sollte jenen europäischen Regierungen und Parlamentsmehrheiten nicht gelten, die wie in Polen und Ungarn auf manipulativen Wahlverfahren beruhen und Stück für Stück die demokratische Rechtsstaatlichkeit abbauen, die die gemeinsamen Werte der EU ausmachen. Die Mitgliedschaft dieser Länder sollte suspendiert werden (keine Mitwirkung im Rat, keine Abgeordneten im EU-Parlament, keine Beitragspflichten und keine finanziellen Ansprüche an das EU-Budget) bis diese Länder zu klar demokratischer Rechtsstaatlichkeit mit unabhängiger Medienvielfalt und unabhängigen Gerichten zurückgekehrt sind. EU-Gelder sollten in diese Länder nur mehr unter strengen Kontrollen und ohne Rechtsanspruch nur in der Weise fließen, wie sie auch Nicht-Mitglieder EU in Südost-Europa erhalten³.

Realistischer Weise rechne ich nicht mit einer deutschen Bereitschaft zu solcher Solidarität, nicht bei der Bevölkerung und daher auch nicht bei der Regierung. Auch fehlt mir der Glaube, dass die Gesellschaften hier oder anderswo die drastischen Einschränkungen von Produktion und Dienstleistungen sowie Bewegungs- und Aktionsfreiheit über das Frühjahr hinaus aushalten werden.

Konkret: man wird Mitte des Jahres zu einem annähernd „normalen“ Leben und Wirtschaften zurückkehren müssen, obwohl dann die Infektions- und Todeszahlen in die Höhe schnellen werden. Wenn Herdenimmunität weltweit 5 Mrd. Infizierte bedeutet und die Todesrate auch nur bei 2% liegt, dann haben wir über die vieljährige Dauer der Corona-Krise mit 100 Mio. Corona-Toten⁴, davon bis an die eine Million in Deutschland zu rechnen.

Ohne baldigen Impfstoff sehe ich nicht, wie es besser kommen könnte.

³ Das wäre ein klarer Rechtsbruch durch 25 Mitgliedstaaten, der aber durch den Rechtsbruch der suspendierten Länder gerechtfertigt und machtpolitisch durchzusetzen wäre.

⁴ Es darf nicht als Verharmlosung interpretiert werden, wenn ich hier die „normale“ Zahl der jährlich Sterbenden nenne: pro Jahr 70 Mio. weltweit und 0,8 Mio. in Deutschland.